

Anders als bei den "klassischen" politischen Parteien sind die meisten Kandidaten zur Gemeinderatswahl keine Mitglieder der Bunten Linken. Dieser Umstand geht auf die besondere Beziehung der Wählervereinigung zu den Heidelberger Bürgerinitiativen, Umwelt- und Friedensgruppen zurück. Viele fanden über ihr persönliches bürgerschaftliches Engagement zur Bunten Linken. Sie unterstützen die Bunte Linke im Wahlkampf, weil sie die jeweiligen Positionen und Ziele der Gruppen am konsequentesten in kommunalpolitische Entscheidungen einbringt. Dies entspricht ihrem zweiten Namensteil „Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden“.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|
| 1 Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, Weststadt, Stadtrat. Arzt i.R. | 25 Anton Kobel, Rohrbach, Gewerkschaftssekretär |
| 2 Hildegard Stolz, Weststadt, Stadträtin, EDV-Beraterin. | 26 Wolfgang Gallfuß, Westst., Sozialprojektentwickl. |
| 3 Matthias Waltner, Weststadt, Diplomkaufmann | 27 Olaf Endter, Altstadt, Hard- und Softwareentwickler |
| 4 Roswitha Claus, Neuenheim, Exportkauffrau i.R. | 28 Helmut Frosch, Altstadt, Sprachwissensch. i.R. |
| 5 Ali Elci, Weststadt, IT-Berater | 29 Tine Lehmann, Altstadt, Soziologin i.R. |
| 6 Vera Glitscher, Weststadt, Sprachtrainerin | 30 Stefan Schöbel, Rohrbach, Buchhändler |
| 7 Tatjana Hasse, Kirchheim, Realschullehrerin | 31 Dr. Susanne Himmelheber, Altstadt, Buchhändlerin i.R. |
| 8 Susanne Simmons, Kirchheim, Intensivkrankenschwester | 32 Dr. Henning Madsen, Neuenheim, Kieferorthopäde |
| 9 Georg Klein, Südstadt, Diplombiologie | 33 Annemie Rothkopf, Neuenheim, div. Ehrenämter |
| 10 Gabriele Riedke-Dschangaei, Südstadt,
Sozialarbeiterin Seniorenzentrum Rohrbach | 34 Andreas van Leeuwen, Weststadt, selbstständig |
| 11 Hassan Pourmoafi, Kirchheim, IT-Systemkaufmann | 35 Else Becke, Wieblingen, freischaffende Künstlerin |
| 12 Sebahat Demiren-Dönmez, Bergheim, Hausfrau | 36 Gerhard Lind, Altstadt, Jurist |
| 13 Elisabeth Müller, Wieblingen, Berufsschullehrerin | 37 Dr. Jutta Lindenborn-Fotinos, Handschuhsheim,
Biochemikerin |
| 14 Volker Violet, Neuenheim, Rentner | 38 José Romera Garcíã, Neuenheim, Softwareentwickler |
| 15 Birgit Müller-Reiss, Handschuhsheim, Historikerin | 39 Gerda Trautmann-Dadnia, Rohrbach, Anwältin |
| 16 Birgit Vey-Hegemann, Handschuhsheim, Sekretärin | 40 Dr. Klaus Zimmermann, Altstadt, Rechtsanwalt |
| 17 Doris Schraube, Handschuhsheim, MTA | 41 Dr. Marcus Götz, Neuenheim, Diplomphysiker |
| 18 Berthold Schmidt, Pfaffengrund, Pensionär | 42 Karl Duncker, Kirchheim, Dokumentar |
| 19 Michael Csaszκόczy, Rohrbach, Realschullehrer | 43 Sylvia Schneider, Weststadt, Verwaltungsangestellte |
| 20 Nera Vukovic-Bringezu, Altstadt, Diplomspsychologin | 44 Maria Funke, Altstadt, Hausfrau |
| 21 Elmar Bringezu, Altstadt, Orchestermusiker i.R. | 45 Dr. Gerhard Lotze, Emmertsgrund, Arzt |
| 22 Hans-Joachim Kahlke, Bergheim, Sachbearbeiter | 46 Hartmut Finkenbrink, Neuenheim, Lektor i.R |
| 23 Ursula Beitz, Altstadt, Verwaltungsangestellte | 47 Renate Kraus, Rohrbach, Beraterin Frauennotruf |
| 24 Mia Lindemann, Ziegelhausen, Gewerkschaftssekretärin | 48 Monika Ober-Jung, Weststadt, Gymnasiallehrerin |

Was fehlt, sind bezahlbare Wohnungen



Die Versorgung der Menschen mit Wohnraum liegt in der Verantwortung der Stadt. Ein Ziel muss es sein, keine isolierten Wohnviertel zu fördern, sondern funktionierende Wohneinheiten mit entsprechender Infrastruktur zu schaffen, um ein lebendiges Zusammenleben zu ermöglichen. Dazu gehören: öffentliche Einrichtungen (Spielplätze, Bürgersäle, Jugendzentren, etc.), Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung an das Stadtzentrum und an andere Stadtteile sowie Möglichkeiten zur Gewerbeansiedlung. Gettobildung oder „Segregation“, d.h. einseitige Ausrichtung auf eine soziale Gruppe, muss vermieden werden. Es soll ein Zusammenleben von Jung und Alt, von verschiedenen sozialen Gruppen angestrebt werden. Die Segregation im Bereich der südlichen Stadtteile (Emmertsgrund, Boxberg, Rohrbach, Kirchheim) muss schrittweise überwunden werden.

Unsere Grundsätze sind:

- n Allen Bürgerinnen und Bürgern muss es unabhängig von ihrer sozialen Lage möglich sein, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Planungen und Fördermaßnahmen von Wohnbebauung sind nach sozialen Kriterien auszurichten.
- n Bewohner müssen ihre Wohnsituation und ihr Wohnumfeld mitgestalten können.
- n Die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, aber auch die älterer Menschen gilt es bei Planungen zu berücksichtigen. Gemeinsames Wohnen von Jung und Alt, von Menschen mit Beeinträchtigungen und von Gesunden, soll gefördert werden.
- n Selbstverwaltete und experimentelle Wohnformen, insbesondere auch Wohngruppen, sind zu unterstützen.
- n Bei Um- und Neubauten ist auf energiesparende und ökologische Bauweise zu achten.
- n Bauen im innerstädtischen Bereich ist grundsätzlich der Erschließung neuer Baugebiete vorzuziehen. Eine solche „Nachverdichtung“ darf allerdings nur in Bereichen stattfinden, in denen ihr keine übergeordneten Gesichtspunkte der örtlichen Siedlungsstruktur, des Denkmalschutzes, des Lokalklimas und des Naturschutzes entgegenstehen. Durch Erhaltungssatzung und Bebauungspläne sind nicht gewollte Nachverdichtungen zu verhindern (s. Neuenheim und Weststadt).
- n Um auch langfristig die Gestaltungshoheit in den Konversionsflächen auf Seiten der Stadt zu behalten, müssen die Flächen öffentliche Eigentum bleiben und an die Nutzerinnen und Nutzer nur in Erbpacht vergeben werden.

Heidelberg ist eine Universität- und Wissenschaftsstadt, die sich dynamisch entwickelt. Die Stadt weist 82 000 Arbeitsplätze auf; es wohnen hier 43 000 Berufstätige. Auch von den rund 30 000 Studenten wohnt nur die Hälfte in der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Nachfrage nach Wohnungen in der Stadt hoch. Dies führt zu hohen Immobilien- und Mietpreisen. Ein zusätzlicher Grund für die erhöhte Wohnungsnachfrage ist der Wunsch nach mehr Wohnraum pro Person, wesentlich bedingt durch die abnehmende Haushaltsgröße. 2003 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,1 Personen, heute leben nur noch 1,9 Personen in einem Haushalt. Es gab Ende 2012 ca. 73 000 Wohnungen in Heidelberg, davon nur 7,4 % mit sozialverträglicher Mietpreisbindung, die meisten davon in den Stadtteilen Emmertsgrund, Boxberg und Bergheim (Bautätigkeitsbericht 2012).

Dem Ungleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt muss durch Maßnahmen der Stadtentwicklung begegnet werden. Es muss ganz vorrangig Bauland für Wohnungen anstatt neue Gewerbefläche ausgewiesen werden. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall. Auch die Bebauung der Bahnstadt wird nicht zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes führen. Hier sollen 4 000 – 5 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Dies führt zu einer potentiellen Nachfrage nach Wohnungen für 7 000 – 9 000 Arbeitnehmer und deren Angehörige, es wird aber nur Wohnraum für ca. 5 000 Menschen entstehen. Eine solche Entwicklung darf sich auf den Konversionsflächen nicht wiederholen: Hier muss dem Wohnungsbau eindeutig Vorrang eingeräumt werden. Und in der Wirtschaftspolitik sollte die Priorität auf die Sicherung, den Um- und Ausbau des Bestandes ausgerichtet sein.

Neben diesem generellen Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage gibt es strukturelle Engpässe vor allem bei alten- bzw. familiengerechten Wohnungen und bei Wohnungen für Studenten und die unteren Einkommensgruppen. Auch in Heidelberg nimmt der Anteil der unteren Einkommensgruppen zu, nicht zuletzt der Anteil von Empfängern von Transferleistungen. Hinzu kommt, dass es Stadtteile gibt, die besonders stark nachgefragt sind. Besonders teure Wohnungen weisen Neuenheim, Handschuhsheim und die Weststadt auf. Dies führt zu einer fortschreitenden sozialen Entmischung der Quartiere, bei der die Bürger mit niedrigem Einkommen zunehmend in die südlichen Stadtteile oder ins Umland verdrängt werden.

Der Neubau von frei finanzierten Wohnungen ist nicht geeignet, den Mangel an kostengünstigen Wohnungen zu beseitigen. Dies zeigt ein Vergleich der durchschnittlichen Bestandsmieten (6 Euro/m²) mit den Angebotsmieten (9,50 Euro/m²). Die Angebotsmieten für Wohnungen in besonders nachgefragten Stadtteilen liegen sogar z.T. über 12 Euro/m². Deshalb sollte der kostengünstige Wohnungsbestand überwiegend erhalten und ggfs. einfach saniert werden. Nur dort wo die bestehende Bausubstanz so schlecht ist, dass sie dies nicht erlaubt, kommt ein Abriss und eine Neubebauung infrage. Das sogenannte 1 000 Wohnungen-Programm der Städtischen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz verstieß eindeutig gegen diesen Grundsatz. Diese 1 000 kostengünstigen Wohnungen wurden abgerissen und durch teure Neubauten ersetzt.

Der bestehende Mangel an kostengünstigen Wohnungen kann allerdings nicht von der Stadt alleine gelöst werden. Dies ist nicht ohne eine wirksame Wohnungsbauförderung von Bund und Land möglich. Zu einer solchen Förderung sind die Städte selbst nicht in der Lage, weil ihnen hierzu schlicht die Finanzmittel fehlen.

Insgesamt bleibt der Neubau von Wohnungen – wie in vielen Ballungszentren - auch in Heidelberg hinter der erforderlichen Zahl zurück. Besonders besorgniserregend ist aber der Rückgang des Bestandes an Sozialwohnungen bzw. an Wohnungen mit Mietpreisbindung, da viele dieser Wohnungen in den letzten Jahren aus der Mietpreisbindung fielen und nicht ausreichend Wohnungen dieser Art gebaut werden. Dies trägt maßgeblich zur schwierigen Versorgungslage an preiswerten Wohnungen bei.

Die Maßnahmen der Stadt (Beschluss zum Baulandmanagement, städtische Wohnungsbauförderung) können den Ausfall der Bundes- und Landesförderung in den letzten zwei Jahrzehnten nicht auffangen. Bei neu geschaffenen Baurecht - und nur hier - wird in Heidelberg ein Anteil von 20 % an preisgebundenem Wohnraum vorgesehen; dessen Preis bei Vermietung beträgt zurzeit 7,67 Euro/m². Auch die Mittel für die Wohnungsbauförderung nach dem Wohnungsentwicklungsprogramm betrug in den letzten Jahren lediglich 0,9 – 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Die Bundesmittel, die den Ländern zur Wohnungsbauförderung für die nächsten Jahre zur Verfügung gestellt werden, sollen von der großen Koalition nicht erhöht werden und das Land will seine Fördermittel nur ungenügend aufstocken.

Deshalb muss die Stadt

- è den Wohnungsbau zu einem Schwerpunkt ihrer Haushaltspolitik machen und die Mittel für den mietpreisgebundenen Bereich erheblich erhöhen.
- è auf den Konversionsflächen ganz überwiegend Wohnbebauung vorsehen.
- è dafür Sorge tragen, dass der bestehende kostengünstige Wohnungsbestand, vor allem der der stadt-eigenen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz, erhalten und ggfs. sozialverträglich renoviert wird.
- è sicherstellen, dass mit dem Gebäudebestand auf den Konversionsflächen in ähnlicher Weise verfahren wird und nur die notwendigen Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden, die energetischen Verbesserungen etwa nur nach Ablauf der Lebensdauer der entsprechenden Gebäudeteile.



